Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 7gespalt. 39 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenannahmestellen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 566. Halle, Dienstag, den 3. Dezember. 1918.

Deutschlands finanzielle Lasten.

Die Geldentschädigung — Schadensersatz für vernichteten Schiffsraum. — Auslieferung des gesamten Goldbestandes.

Was Deutschland zahlen soll.

Auslieferung des Goldes. — Wiedergutmachung.

k. Hamburg, 3. Dezbr. (Eig. Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus dem Haag: „Daily News" meldet, daß gegenwärtig folgende Bestimmungen für den von Deutschland und Oesterreich zu leistenden Schadenersatz von den alliierten Regierungen getroffen worden sind oder noch zur Erwägung stehen:

1. Die Zahlung einer auf eine Reihe von Jahren verteilten Geldentschädigung an Frankreich und Belgien in einer Gesamthöhe von 40 bis 50 Milliarden Mark.

2. Die zerstörten Häuser in den Städten und Dörfern beider Länder müssen durch deutsche Arbeiter und deutsches Material aufgebaut werden.

3. Die zerstörten Straßen und Wege müssen neu gebaut und hergerichtet und alles Material abgeliefert werden.

4. Der Schadenersatz für den vernichteten Schiffsraum wird entweder so erfolgen, daß deutsche Schiffe für Handelszwecke der Alliierten fahren müssen oder daß auf deutschen Werften Ersatzschiffe für England und die anderen Alliierten gebaut werden.

5. Eine weitere Kriegsentschädigung wird [illegible] den Schaden der anderen Alliierten [illegible] machen.

6. Auslieferung alles in Deutschland vorhandenen Goldes, Erhebung einer Abgabe von der deutschen Kohlenerzeugung durch die Alliierten und Kontrolle der Kohlenerzeugung durch die Alliierten.

7. Wiederherstellung der Zerstörungen in Italien sowie von den anderen von Deutschen oder Oesterreichern besetzt gewesenen Gebiete.

Der Streit um die Lokomotiven.

r. Köln, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Zu dem Verständigungsvorschlag des Staatssekretärs Erzberger an Generalissimus Foch wegen der Abgabe von Lokomotiven erfährt der Berliner Vertreter der „Köln. Ztg.", daß Foch sein Einverständnis hiermit erklärt habe. Die gestellte Frist war gestern vormittag abgelaufen. Aus der Ueberschreitung haben die Franzosen keinerlei Folgerungen gezogen.

Noch schwerere Bedingungen!

Die Frage der Verlängerung des Waffenstillstandes.

r. Köln, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Köln. Volksztg." meldet aus Berlin: Von zuständiger Seite hören wir, daß mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schwerere Bedingungen zu übernehmen. Man muß sich den Ernst des Augenblickes vor Augen halten, der vor allem darauf spricht, daß auf die deutsche Anfrage bezüglich eines Präliminarfriedens bis jetzt noch keine offizielle Antwort der Gegner in Berlin eingetroffen ist. Vielleicht bietet die Rede Wilsons, die er vor seiner Abreise nach Europa in Washington hält, irgend einen Anhaltspunkt hierfür. Wilson wird übrigens vom 10. bis 16. Dezember sich in Paris aufhalten.

Die Verteilung der besetzten Gebiete.

r. Köln, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Köln. Volksztg." meldet aus Genf: „Pregres" meldet: Foch regelte definitiv die Besetzung des linken Rheinufers, wonach Belgier die Region Düsseldorf, Engländer die Region Köln, Amerikaner Koblenz, Frankreich Mainz, Hessen und die Pfalz besetzt.

Neue deutsche Note an Amerika.

Berlin, 3. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, steht eine deutsche Note an Amerika und die Alliierten bevor, die das offizielle Ersuchen nach Verhandlungen über einen Präliminarfrieden ausspricht.

Hindenburg über die A.- und S.-Räte.

k. Hamburg, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die stellvertretenden Generalkommandos folgendes Telegramm gerichtet: Nachdem die Delegierten der Bundesstaaten den Beschluß gefaßt haben, daß bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien, weise ich darauf hin, daß Konflikte mit ihnen zu vermeiden sind. Festnahme von Persönlichkeiten, die den Arbeiter- und Soldatenräten angehören, durch die Kommandobehörden und Truppen sind strengstens verboten, auch wenn einzelne Mitglieder der Räte in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommandobehörden für die Rückführung des Heeres eingreifen. Die Reichsregierung ist ersucht worden, die Arbeiter- und Soldatenräte anzuweisen, den militärischen Forderungen der Kommandobehörden des Feldheeres für die Rückführung der Truppen nachzukommen und sich jeden eigenmächtigen Eingriffes zu enthalten. Andererseits dürfen auch die Kommandobehörden und Truppen nicht in die örtlichen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte eingreifen. Beschwerden in dieser Richtung sind an die stellvertretenden Generalkommandos zu richten. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Feldheeres unter Berücksichtigung der Gesamtlage nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung herbeiführen kann. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen. An diesen soll, wenn sie in würdiger Form gezeigt oder der Truppe etwa in Gestalt von Blumen oder dergleichen zur Begrüßung dargebracht werden, ebensowenig Anstand genommen werden, wie das von den Arbeiter- und Soldatenräten und von der Bevölkerung hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen der Truppen erwartet werden muß. gez. von Hindenburg.

Die letzten Truppen aus Köln abmarschiert.

Köln, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, haben die letzten deutschen Truppen am 2. Dezember um ¼4 Uhr nachmittags Köln vom Dom aus verlassen.

Auch König Albert will nach Straßburg

Bern, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Das Berner „Tagblatt" meldet aus Paris: Nuper Poincaré und Clemenceau werden auch am 8. Dezember König Albert in das erobere Straßburg einziehen. Das bedeutet, daß zwischen Frankreich und Belgien fortan eine gemeinsame rheinische und Maaspolitik bestehen werde. Hierüber dürfe man sich in Deutschland keinen Täuschungen hingeben.

Eine Ententeflotte soll Wilson begrüßen.

Basel, 3. Dezbr. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Havasmeldung wird am Mittwoch ein aus englischen, französischen und italienischen Schiffen bestehendes Geschwader in See stechen, um dem Präsidenten Wilson entgegenzufahren und ihn in einen französischen Hafen zu begleiten.

Deutschland in der Völkerliga.

Basel, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Dem amerikanischen Presseidienst zufolge erklärte der Vizepräsident Taft in einer Rede an die Pittsburger Handelskammer, Deutschland solle keinen Platz in der Völkerliga eingeräumt erhalten, wo es ihm möglich wäre, seine Macht anzuwenden, bevor bewiesen sei, daß dieses Land die Interessen der nationalen Gesetze nicht verletzen werde. Die Völkerliga würde die Wahrscheinlichkeit des Krieges herabsetzen, sie könne aber nicht als absolutes Hilfsmittel gegen den Krieg angesehen werden.

Mackensen marschiert weiter.

Rumänische Besatzungstruppen für Budapest.

Budapest, 3. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die Mackensen-Armee setzt ihren Vormarsch aus Ungarn fort. Der französische Generalstabshauptmann Ameille traf in Begleitung von zwei ungarischen Offizieren in Hermannstadt ein, um über die Entwaffnung der durchziehenden deutschen Truppen zu beraten. Die Verhandlungen werden in Calimanesti fortgesetzt. Auf der Linie Rimpadului-Roter Turmpaß traf eine große deutsche Truppenkolonne ein, die von der Budapester Transportleitung weiter befördert werden wird. In Budapest trifft man Vorbereitungen zum Empfang der rumänischen Besatzungstruppen.

Die Kohlennot der Schweiz.

Genf, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Nationalzeitung" meldet: Infolge des Ausfalles der deutschen Kohlenzufuhr nach der Schweiz hat sich der Bundesrat mit Frankreich und England zwecks Kohlenlieferung in Verbindung gesetzt. Die Entente prüft wohlwollend das Begehren, aber vor übergroßen Hoffnungen müßte dringend gewarnt werden. Man dürfe nur mit sehr beschränkten Lieferungen rechnen.

Die Ausschreitungen in Prag.

Prag, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die tschechischen Ausschreitungen in Prag wiederholten sich gestern nachmittag in gesteigertem Maße. Die jüdischen Juweliere am Graben wurden von der Menge mißhandelt. Viele Hunderte von tschechischen Leuten drangen in das Gebäude des Prager Tageblattes ein, wo sie das Bureau demolierten und die Marmortafeln, die deutsche Aufschriften trugen, von der Front herabholten. Auch dort kam es an vielen Orten zu Zwischenfällen.

Die Wahlkreis-Einteilung.

Die hauptsächlichen Bestimmungen der Wahlordnung für die Nationalversammlung sind bereits bekannt geworden. Es gilt nur noch einige Einzelheiten nachzutragen, die allgemeines Interesse beanspruchen. Die Verteilung der Mandate erfolgte bekanntlich in der Weise, daß auf 150 000 Einwohner gerechnet wurde. Wie erinnerlich, ging Bismarck davon aus, daß jeder Wahlkreis 100 000 Einwohner haben solle. Aber er selbst hat sich schon bei seiner Wahlkreisgeometrie nicht viel um diesen Grundsatz gekümmert, der dann durch die Erstarkung der Industrie und den damit verbundenen gewaltigen Wohnungsveränderungen erst recht aufgehoben wurde. Die möglichst genaue Befolgung des Grundsatzes, daß auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen soll, bringt es mit sich, daß die Zahl der Mandate vom Osten nach dem Westen verschoben wird.

Die folgende Tabelle zeigt das deutlich:

Je einen Wahlkreis bilden:

	Mit Einwohnern:	Zu wählen sind Abgeordnete:
1. Die Provinz Ostpreußen	2 064 175	11
2. Die Provinz Westpreußen	1 703 474	11
3. Die Stadt Berlin	2 071 257	14
4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—2, sowie sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören	1 544 851	10
5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört	1 314 576	9
6. Der Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder	1 238 180	8
7. Die Provinz Pommern	1 716 921	11
8. Die Provinz Posen	2 099 831	14
9. Der Regierungsbezirk Breslau	1 841 698	12
10. Der Regierungsbezirk Oppeln	2 207 981	15
11. Der Regierungsbezirk Liegnitz	1 175 563	8
12. Der Reg.-Bez. Magdeburg u. Anhalt	1 580 138	11
13. Der Regierungsbezirk Merseburg	1 309 710	9
14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lübeck	1 662 204	11
15. Die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck	1 041 810	7
16. Die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Braunschweig	2 356 856	16
17. Die Regierungsbezirke Münster u. Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	1 971 456	13
18. Der Regierungsbezirk Arnsberg	2 399 849	16
19. Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Wetzlar, von Regierungsbezirken Koblenz sowie Waldeck	2 251 629	15
20. Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	1 940 317	13
21. Die Regierungsbezirke Koblenz u. Trier ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 750 819	12
22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	1 820 598	12
23. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6—12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	1 597 799	11
24. Die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben	2 321 918	15
25. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz	1 324 615	9
26. Die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 308 673	15
27. Der Regierungsbezirk Pfalz	937 687	6
28. Die sächs. Reichstagswahlkreise 1—9	1 771 117	12
29. „ „ „ 10—14	1 165 330	8
30. „ „ „ 15—23	1 870 214	12
31. Der Neckarkreis und der Jagstkreis	1 297 538	9
32. Der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen	1 211 047	8
33. Baden	2 142 833	14
34. Hessen	1 282 031	9
35. Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck	862 999	6
36. Die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, S.-Meiningen, Sachsen-Altenburg, S.-Koburg u. Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden	2 160 692	14
37. Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade	1 743 545	12
38. Elsaß-Lothringen	1 874 614	12

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181203025/fragment/page=0001

Mandate verlieren gegenüber dem bisherigen Zustande: Ostpreußen 3, Westpreußen 2, Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 2, Pommern 3, Posen 1, Regierungsbezirk Breslau 1, Regierungsbezirk Liegnitz 2. Aber die Zahl der Mandate verändert sich nicht nur innerhalb der einzelnen Bundesstaaten, es ist auch die staatsrechtlich interessante Tatsache zu verzeichnen, daß die Bundesstaaten an sich in der Gesamtheit eine andere Vertretung erhalten. Während Bayern insgesamt zum Reichstage 48 Vertreter stellte, wird es zur Nationalversammlung trotz der allgemeinen Bevölkerungszunahme seit Schaffung des Reichstagswahlgesetzes und trotz Erhöhung der gesamten Mandatszissern nur 45 Abgeordnete entsenden. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Württemberg, das zum Reichstag insgesamt 17 Vertreter entsandte. Dazu kam ein besonderer Vertreter für Hohenzollern-Sigmaringen. Hohenzollern und Württemberg zusammen werden künftig nur 17 Vertreter zu wählen haben. Bei der Einteilung der Wahlkreise in Württemberg hat man sich übrigens an die gleiche Einteilung gehalten, wie sie bei den Verhältniswahlen zum württembergischen Landtage bereits üblich war. Baden und Hessen behalten ihren alten Bestand. Elsaß-Lothringen verliert 3 Mandate (15 bisher, künftig 12). Süddeutschland ist demnach künftig um 7 Mandate schwächer.

Gewonnen hat besonders der „Wasserkopf" Berlin. Er durfte bisher nur 6 Abgeordnete wählen, während die Reichshauptstadt künftig mehr als das Doppelte an Abgeordneten, nämlich 14, entsenden kann. Fast um das Doppelte an Mandaten wird auch der Regierungsbezirk Potsdam vermehrt, der bisher 10 besaß, künftig aber 19. Im Osten erzielt lediglich der Regierungsbezirk Oppeln durch die Dichtigkeit der oberschlesischen Bevölkerung einen Mandatsgewinn. Bisher wurden dort in den einzelnen Kreisen 12 Abgeordnete gewählt, künftig 15. Der Regierungsbezirk Magdeburg hatte bisher 8 Wahlkreise. In dem neuen Verhältniswahlverfahren wählt er zusammen mit dem kleinen Anhalt, das bisher allein 2 Kandidaten in den Wahlotbau entsenden konnte. Magdeburg-Anhalt wählten zusammen bisher 10 Abgeordnete und dürfen künftig 11 wählen. Eine kleine Verbesserung hat auch unser heimatlicher Regierungsbezirk Merseburg erfahren, der bisher 8 Wahlkreise aufwies, künftig aber 9. Einen **Verlust** haben auch die thüringischen Staaten sowie die beiden Mecklenburg zu buchen.

Den verhältnismäßig größten Gewinn unter den einzelnen Bundesstaaten hat das dichtbevölkerte Sachsen erzielt. Dort wurden bisher insgesamt 23 Abgeordnete gewählt, während zur Nationalversammlung 32 zu wählen sein werden.

Insgesamt entfallen auf Deutschland 433 Mandate. Die wirkliche Zahl der Mitglieder der Nationalversammlung wird aber nicht unerheblich höher sein. Es ist daran zu erinnern, daß Deutsch-Oesterreich seinen Anschluß an die deutsche Republik erklärt hat, und es war vorgesehen, daß man bei den deutschen Stammesbrüdern jenseits der deutschen Grenzpfähle gleichfalls Wahlen zur Nationalversammlung vornehmen solle. Obwohl nun hierüber noch nichts weiteres bekannt geworden ist, hat die deutsche Wahlordnung in dem § 25 auch die Möglichkeit des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich vorgesehen. Es geht aus dieser Bestimmung aber auch hervor, daß die Nationalversammlung erst über den Wunsch Deutsch-Oesterreichs beschließen soll. Die Bestimmung besagt in ihrem Wortlaut:

„Beschließt die deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Oesterreich seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten ihr **als gleichberechtigte Mitglieder** bei. Voraussetzung für den Beitritt ist, daß die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl **unter Beteiligung auch der Frauen** nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß **durchschnittlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt.** Der Wahltag **braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.**"

Ueber die Zahl der Vertreter, die Deutsch-Oesterreich entsenden wird, ist noch nichts bekannt geworden. Auf alle Fälle wird aber die Nationalversammlung eine Körperschaft sein, die aus 500 oder gar noch mehr Mitgliedern besteht.

Es ist klar daß die **politische Situation** die Mehrheitsverhältnisse gründlich verändert hat. Dabei darf jedoch keineswegs die Bedeutung der **veränderten Wahlkreiseinteilung** unterschätzt werden, die dem Osten eine bisher zu Unrecht eingenommene Vorzugsstellung nimmt. Als dritter in die Wage fallender Faktor ist die **Verhältniswahl** zu beachten, die z. B. der früher unantastbaren Zentrumssturm ins Wanken bringen könnte. Es stehen wir heute völlig im Dunkeln und können mit keinen Worte sagen, welches politische Bild die Nationalversammlung bieten wird. Auf eines glauben wir jedoch zuversichtlich und mit Berechtigung nach Lage der Dinge hoffen zu dürfen: **Auf eine starke deutsche demokratische Partei!**

O. H.

Zur Rückkehr des Feldheeres.

Ein Armeebefehl des Generals von Mudra.

General v. Mudra, der Oberbefehlshaber der 17. Armee, erließ folgenden Armeebefehl:

1. Im Armeebezirk sind hiermit die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte aller ihnen bisher eingeräumten oder von ihnen angemaßten militärischen Befugnisse enthoben.

Sie haben keinerlei Befehlsgewalt über die mir unterstellten Truppen und einzelne Mannschaften. Sie dürfen nicht irgendwelche Anordnungen für Marsch, Unterbringung, Verpflegung oder gar Entlassung geben.

Entlassungspapiere, die von irgendeinem örtlichen Soldatenrat ausgestellt sind, haben keinerlei rechtliche Bedeutung.

Die Entlassung hat lediglich der Truppenteilzu verfügen; auch bei Versprengten nicht ein Soldatenrat, sondern nur der nächste Truppenteil.

Wegen Unterbringung, Eisenbahn, Post usw. haben sich meine Truppen nur an die zuständigen Militär- und Zivilbehörden zu wenden.

2. Wo sich ein örtlicher Soldatenrat in der Befehlsgebung der mir unterstellten Truppen einmischt, wo er — wie bereits oft geschehen — etwa Kraftwagen der Truppen für seinen Zweck nehmen sollte, wo er Truppenverpflegung, Fahrzeuge jeder Art, Pferde usw. in Beschlag nehmen sollte, ist er hieran zu verhindern, und zwar — da die Handlungen als Plünderung anzusehen sind — **nötigenfalls mit Gewalt.**

3. Etwaige Verstöße der örtlichen Soldatenräte und Arbeiterräte sind mir sofort zu melden.

4. Die Rechte und Pflichten der Vertrauensleute meiner Truppen bleiben nach wie vor die gleichen.

Der Oberbefehlshaber.
gez. von Mudra, General der Infanterie.

Zur Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch die Entente-Truppen.

Deutschland als Ausbeutungsobjekt.

Sehr bezeichnend für die Stimmung in Frankreich ist eine der „Deutschen Allgem. Ztg." zugehende Meldung, worin es heißt: Aus Frankreich zurückgekehrt: hochgestellte Holländer, welche die Stimmung ici genau kennen, [illegible] sagen aus, daß ernstlich der Plan bestehe, aus Deutschland eine Ausbeutungskolonie zu machen. Demgegenüber sei es wohl angebracht, weiter: unnötige Mittätige zu vermeiden und ernstlich daran zu denken, durch eine beschleunigte Festigung der innerpolitischen Verhältnisse einen Einblick auf die künftigen Geschicke Deutschlands zu gewinnen und zu retten, was noch zu retten ist.

Bayern verlangt eine sofortige Reichskonferenz.

München, 2. Dez. (Amtlich.) Es ging heute folgendes Telegramm ab:

Haase — Ebert, Berlin.

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, daß sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen in Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerläßlichen Programmpunkten gehören die Frage der Nationalversammlung, die Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und die Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Größe der Bundesstaaten aus 1—3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern.
gez. Kurt Eisner.

Wie die Belgier in Aachen hausen.

Rotterdam, 2. Dez. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird von einem soeben aus Aachen zurückgekehrten Berichterstatter gemeldet, daß gestern abend ein Teil der belgischen Besatzung in der Stadt angekommen ist. Heut erstrß war überall in französischer und deutscher Sprache eine Verordnung angeschlagen, daß vorläufig jeder Straßenverkehr zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens belgischer Zeit verboten ist. Kaffeehäuser, Theater usw. bleiben vorläufig geschlossen. Haussuchungen können jederzeit und überall abgehalten werden. Bürger, die auf der Straße belgischen Offizieren begegnen, müssen den Bürgersteig verlassen und ihr Haupt entblößen. Dem Berichterstatter im „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wurde, obwohl er Holländer ist, von zwei belgischen Offizieren der Hut vom Kopf geschlagen. Anderen Personen wurden die Hüte mit der Reitpeitsche herunterschlagen. Das Erscheinen und der Verkauf von Zeitungen und anderen Druckwerken ist verboten. Niemand darf Aachen verlassen oder die Stadt betreten. Zwischen vier Uhr abends und acht Uhr morgens muß in den Erdgeschoßräumen aller Häuser Licht brennen. Personen, die die obenstehenden Verordnungen übertreten, werden ohne weiteres erschossen werden. Der Stadt wird sofort eine Buße auferlegt. 10 Geiseln müssen sich fortwährend auf dem Rathaus aufhalten. Sie werden alle 24 Stunden durch 10 andere Geiseln abgelöst.

Amerikanische Truppen in Trier.

Trier, 2. Dezbr. Amerikanische Truppen sind gestern, Sonntag, nachmittag 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterie-Regiment hat die Stadt besetzt. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen.

Foch sperrt Elsaß-Lothringen ab.

Marschall Foch hat die Grenzsperre über Elsaß-Lothringen verhängt, und zwar unter Einbeziehung der preußischen Gebiete um Saarbrücken und Saarlouis. Diese Grenzsperre bedeutet eine der schärfsten Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen, die die französische Regierung sich bis jetzt hat zuschulden kommen lassen. Bei der großen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Bedeutung, welche diese Grenzsperre in sich schließt (Saarkohlen, Unmöglichkeit der Vertretung für die deutsche Nationalversammlung und Abschneiden jeden Verkehres) kann diese Grenzsperre nur aufgefaßt werden als der Versuch einer

tatsächlichen Annexion

entgegen allen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, nach dem Elsaß-Lothringen nach wie vor bis zum Friedensschluß als integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches aufzufassen ist. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission hat sofort an Ort und Stelle energischen **Protest eingelegt**, und der öffentlichen Meinung Deutschlands bleibt nichts übrig, als sich einmütig diesem Protest anzuschließen.

Gegen Unruhestifter im Saarrevier.

Schwarze verfolgen deutsche Frauen und Mädchen in der Pfalz.

Der Saarbrücker Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" meldet: Die Bergleute des Saarreviers verlangen die sofortige Einführung des Achtstundentages. Sie drohen mit Streikausbruch und wollen die Arbeitsruhe nach Ablauf von acht Stunden mit Gewalt erzwingen. Die Direktion wandte sich an den französischen Kommandanten. Dieser verfügte auf den Saargruben dürfte hinsichtlich der Arbeitszeit und Löhne nichts geändert werden, ohne daß zuvor die Genehmigung des französischen Kriegsministers eingeholt wäre. Den Wunsch, die Besetzung schon jetzt auf die unruhigen Grubenbezirke auszudehnen, bezeichnete der französische Kommandant dahin, daß er die Genehmigung hierzu beim französischen Kriegsminister einholen wolle. In St. Avold erstürmte der Pöbel das Proviantamt und die Infanteriekaserne, plünderte und legte Feuer an beide Gebäude; diese brannten nieder. Die französischen Besatzungstruppen wurden zur Hilfe gerufen. Sie vertrieben das Raubgesindel; hierbei wurden vier Personen getötet. Weitere Plünderungen und Brandstiftungen erfolgten in Tetingen und Herlingen. Aus verschiedenen pfälzischen Dörfern werden Verfolgungen von Frauen und Mädchen durch Schwarze gemeldet.

Deutsch-tschechische Kämpfe.

WTB. Wien, 2. Dezember. Die Blätter melden aus Budapest: Gestern abend wurde der um 9 Uhr abends von Marchegg abgelassene Personenzug bei Neudorf zwischen Preßburg und Marchegg von Tschechen angehalten, die den Zug heranben wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Mackensen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch eine ungarische Verstärkung ein. Wie das Wiener Achtuhr-Blatt erfährt, rückten heute nacht die tschechischen Truppen in Marchegg ein und besetzten den Ort. Kurz darauf hielte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieben die Tschechen wieder.

Das furchtbare Gemetzel unter den Juden Lembergs.

Berlin, 2. Dez. Ueber die Lemberger Judenprogrome berichtet ein soeben zurückgekehrter Augenzeuge folgendes:

Am 22. November d. J. nahmen die Polen Lemberg wieder ein. Legionäre und polnische Soldaten wälzten sich in die jüdischen Viertel und zogen betrunken, raubend, brennend und mordend von Haus zu Haus. Nach vollzogener Plünderung steckten sie die Häuser in Brand und jagten die Bewohner in die Häuser zurück, wo sie lebend verbrannten. In kurzer Zeit brannte fast das ganze Judenviertel lichterloh. Weiber und Kinder wurden hingeschlachtet und lagen auf den Straßen. Die in den Zeitungen angegebene Zahl von 2000 Opfern dürfte noch gering gerechnet sein.

Bolschewistische Waffenversorgung.

Berlin, 1. Dez. Wie sich weiter herausstellt, hat die frühere russische Botschaft sich hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied der Mission ein Päckchen mit Papieren liegen gelassen. Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankäufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstreckten sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober d. J. und lauten auf insgesamt

159 Mauserpistolen,
28 Brownings und
23 Parabellum Pistolen nebst etwa
27 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mk.

Die Erklärung Radels, der Artikel 2 des Friedensvertrages habe die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Propaganda zu betreiben, hat damit noch weitere Unterlagen erhalten.

Das zarte englische Geschlecht.

Lebensmittellieferungen werden abgelehnt

London, 2. Dez. Die Vorsitzende des nationalen Bundes für Frauenstimmrecht Frau Fawcett teilt der „Times" ihre Antwort auf den Appell der Vorsitzenden der Deutschen Frauenstimmrecht-Gesellschaft mit, die sie um Aufhebung der Blockade gebeten hatte. In ihrer Antwort bedauert Frau Fawcett, daß sie nicht in der Lage ist, irgend einen Appell dieser Art an die Regierung zu richten. Sie erinnert daran, daß der Lebensmittelmangel in der Welt durch den U-Boot-Krieg verschlimmert worden ist, gegen den die deutschen Frauen nicht protestiert haben.

Freies Geleit für unsere Truppen in Finnland.

Berlin, 2. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus Spaa:

Die Entente hat unseren in Finnland befindlichen Truppen freies Geleit nach Deutschland zugesichert.

Deutsches Reich.

Fortsetzung der Heeresaufträge.

WTB. Berlin, 3. Dezember. (Amtlich.) Die Rücksicht auf den Friedensaufbau unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einstellung aller Rüstungsarbeiter. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfang weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeit möglichst vollkommen eingestellt wird, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt wer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181203025/fragment/page=0002